

Wer unterrichtet unsere Kinder? Deutschland hat ein Problem: Schon jetzt fehlen Tausende Lehrerinnen und Lehrer. Immer weniger wollen diesen Beruf ergreifen. Ein wissenschaftliches Gremium schlägt längere Arbeitszeiten vor. Den europäischen Nachbarn geht es kaum anders, sie reagieren aber mit unterschiedlichen Maßnahmen

Von Lilith Volkerth

Alle Gründe, warum Anja Störmann Lehrerin werden möchte, findet sie im Klassenzimmer. Die 27-Jährige arbeitet gerne mit Kindern und Jugendlichen, sie mag ihre Fächer Spanisch und Geografie. Alle Gründe, die sie abschrecken, liegen außerhalb des Unterrichts: wenig Zeit, viele Verwaltungsaufgaben, schlechte Ausstattung, die steigenden Erwartungen von Eltern und Politikern. Die Lehramtsstudentin der Universität Potsdam sitzt gerade an ihrer Masterarbeit – und überdenkt ihr Berufsziel: „So, wie sich die Lage an den Schulen gerade entwickelt, frage ich mich immer mehr, ob ich das schaffe. Und ob ich es so überhaupt möchte.“ Mit diesen Zweifeln ist sie nicht allein.

Schon jetzt fehlen in Deutschland Tausende Lehrerinnen und Lehrer. In den nächsten zehn Jahren gehen die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand, dann wird die Lücke – vor allem an Grundschulen und in der Sekundarstufe I – noch sehr viel größer werden. Denn es kommen bei Weitem nicht genug neue Lehrkräfte nach.

Ein großer Teil der Studierenden bricht ab oder wechselt das Fach

Großen Anteil daran haben die Bundesländer, die zu spät auf demografische Veränderungen reagiert haben. Es gibt immer weniger Schulabgänger, die Lehrer werden könnten; gleichzeitig steigt die Zahl der Geburten seit 2011 wieder und damit die Zahl der zu unterrichtenden Schüler. Zwar werden wieder mehr Studienplätze für angehende Lehrkräfte geschaffen, doch zuletzt haben sich deutlich weniger junge Menschen für diesen Weg entschieden. Und von ihnen kommen viele nie in der Schule an.

Warum ist dieser gut bezahlte Beruf nicht beliebter? „Der Beamtenstatus zieht nicht mehr so wie früher“, sagt Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbands. „Sichere Arbeitsplätze gibt es inzwischen auch woanders.“ Vielen jungen Menschen seien Flexibilität und Aufstiegschancen inzwischen wichtiger, glaubt er. Sie sähen keine Notwendigkeit mehr, ihr ganzes Leben in einem Job zu verbringen. Lauter Gründe, sich von Anfang an gegen den Beruf zu entscheiden.

Doch auch von den Lehramtsstudierenden bricht ein vergleichsweise großer Teil ab oder wechselt das Fach, Bildungsforscher sprechen von 30 bis 40 Prozent. Wie viele es sind und welche Gründe sie haben, wird nicht erfasst. Sicher ist: Sobald sie an eine Schule kommen, bekommen sie den Notstand zu spüren. Wenn erfahrene Lehrkräfte fehlen, ist es als Anfänger deutlich schwerer, mit dem „Praxischock“ fertig zu werden.

Henry König etwa, der Ethik und Geografie fürs Gymnasium studiert, hat während seines Praxissemesters von Anfang an eine Kollegin vertreten, die wegen Burn-out ausfiel. Bei ihm lief es zwar gut, erzählt der 29-Jährige. Doch wer sich in so einer Situation überfordert fühlt und



Burn-out an der Tafel? Personalmangel und Überforderung belasten Lehrerinnen und Lehrer und beeinträchtigen die Schulbildung. FOTO: DANIEL KARMANN/DPA

Flexibilität statt Beamtenstatus

Die Zahl der Lehramtsstudierenden nimmt ab. Das liegt auch an starren Strukturen und der hohen Belastung. Mehr Gestaltungsspielraum im Klassenzimmer könnte den Beruf attraktiver machen

schlecht betreut wird, sucht sich schnell etwas anderes.

Inzwischen fragen sich auch immer mehr Studierendende, die bei ihren Schuleinsätzen gut zurechtgekommen sind, ob sie sich den Job wirklich antun sollen. Sie haben ihre Praxissemester unter erschwerten Bedingungen während der Pandemie absolviert, sie sind belastbar und engagiert. Sie haben aber auch genaue Vorstellungen davon, was sie wollen. „Schule könnte so ein toller Ort sein, wenn es ein bisschen mehr Freiraum gäbe“, sagt Henry König. Er hat als Philosophiestudent durch ein Praktikum an einer demokratischen Schule entdeckt, dass ihm die Arbeit mit

Kindern und Jugendlichen Spaß macht. Eigentlich hatte er vor, an eine Gesamtschule zu gehen.

Nun beobachtet er, dass die Arbeitsbelastung ständig steigt. König ärgert sich über die kürzlich vorgestellten Empfehlungen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK), Lehrerinnen und Lehrer mehr und länger arbeiten zu lassen, um den Personalmangel in den Griff zu bekommen. In Bayern und Sachsen-Anhalt muss schon je nach Alter des Lehrers und Schulart Übergangsweise eine Stunde mehr pro Woche unterrichtet werden. Wenn die Kultusministerkonferenz den Empfehlungen der SWK folgt, möchte König nicht mehr

Teil des Systems werden. „Wer es dann noch in der Schule aushält, der wird verheizt“, sagt er.

Ein zentraler Streitpunkt ist die hohe Teilzeitquote; nur gut die Hälfte der Lehrkräfte an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen hat eine volle Stelle. Die SWK geht davon aus, dass durch die Aufstockung aller Teilzeitkräfte 205 000 „Vollzeiteinheiten“ besetzt werden könnten.

Der Blick richtet sich vor allem auf die 100 000 Lehrkräfte, die weniger als 50 Prozent arbeiten. Doch unter diesen sind zahlreiche Personen, die einen anderen Hauptberuf haben – etwa Pfarrer, Handwerksmeister, Sportwissenschaftler – und nur ei-

nige Stunden pro Woche unterrichten. „Diese Leute zu der Gruppe zu zählen, die man zum Aufstocken bewegen will, ergibt keinen Sinn“, sagt der Bildungsökonom Klaus Klemm. „Die Beschäftigungsreserve durch Teilzeitkräfte ist also deutlich kleiner als die SWK behauptet.“

Trotzdem denken viele Bundesländer darüber nach, die Teilzeitregelungen einzuschränken. In Nordrhein-Westfalen kann man seit Kurzem nur noch aus familiären Gründen die Stundenzahl reduzieren. Die Situation erfordere „größte Anstrengungen“ von allen Akteuren, damit die kommenden Generationen nicht abgehängt werden, argumentiert die SWK.

Noch mehr Anstrengung sei kaum möglich, halten Lehrvertreter dagegen. „Das aktuelle Schulsystem funktioniert nur noch durch die Überlastung von motivierten Lehrkräften“, kritisiert der Vorstand der Studierenden im Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband.

Wie groß die Belastung bei einer Vollzeitstelle ist – zwischen 24 und 28 Unterrichtsstunden pro Woche plus Unterrichtsvorbereitung und Korrekturen –, hängt auch davon ab, wie ernst man seine Aufgabe nimmt. Wer Routine und geringe Ansprüche hat, kann sich natürlich zurücklehnen. Engagierte Lehrkräfte hingegen berichten, dass das Pensum kaum zu schaffen ist, schon gar nicht als Berufsanfänger. „Ich kenne einige Lehrerinnen, die Teilzeit arbeiten, weil sie damit schon auf 40 Stunden pro Woche kommen“, sagt Lisa Welles, angehende Grundschullehrerin aus München.

Der Wissenschaftler fordert vom Bund ein Sondervermögen Bildung

Die 23-Jährige weiß noch nicht, wie sie später mit diesem Widerspruch umgehen will: Sie will gute Arbeit leisten, aber auch auf ihre Grenzen achten. Dass man mal eine Aufgabe ablehnt, werde an Schulen aber nicht gerne gesehen, hat Welles beobachtet. Der „Generation Z“, zu der die meisten Studierenden gehören, wird nachgesagt, mehr auf die eigenen Bedürfnisse zu achten und Freizeit über Karriere zu stellen. Ältere mögen das für übertrieben halten, angesichts des Fachkräftemangels können sich die heutigen Berufsanfänger diese Prioritäten aber leisten.

Den inhaltlichen Freiraum, den sich viele Lehramtsstudierende wünschen, werde es ohnehin zunehmend geben, glaubt der Bildungsforscher Aladin El-Mafaalani, ob die Politik das will oder nicht: „Wenn ein großer Teil der Lehrerinnen und Lehrer in den Ruhestand geht, entstehen an den Schulen große Gestaltungsspielräume.“ Er hofft, dass sich dann auch junge Menschen für den Beruf begeistern, die selbst nicht gerne in die Schule gegangen sind, deshalb aber besonders motiviert sind, etwas zu verändern. El-Mafaalani, heute Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Osnabrück, ist selbst aus diesem Grund Lehrer geworden; er hat sechs Jahre an einem Berufskolleg unterrichtet.

Statt mit Imagekampagnen um Lehrkräfte zu werben, empfiehlt El-Mafaalani der Politik, lieber viel Geld in Schulgebäude, Ausstattung, Lehrpersonal und Ganztagesbetreuung zu investieren. „Wir brauchen ein Sondervermögen Bildung vom Bund“, sagt El-Mafaalani, nicht nur im Interesse der Kinder und Jugendlichen, sondern des ganzen Staates – ohne gut ausgebildeten Nachwuchs sei das Rentensystem nicht zu erhalten. „Hundert Milliarden Euro wie bei der Bundeswehr werden nicht reichen.“ Der positive Nebeneffekt: Wenn der Staat so deutlich zeige, was ihm das Bildungssystem wert ist, werde er keine Probleme mehr haben, Lehrerinnen und Lehrer zu finden.